

Soziologe Dieter Sauer

"Die Kritik der Rechten hat auch einen wahren Kern"

Bei Betriebsratswahlen erstarken AfD-nahe Listen. Das hat der Soziologe Dieter Sauer beobachtet. Was hat dieser "Klimawandel" zu bedeuten? Und was rät er den Gewerkschaften?

Interview: **Robert Pausch**

14. März 2018, 17:00 Uhr / Editiert am 14. März 2018, 17:03 Uhr

AUS DER ZEIT NR. 12/2018 [[http://www.zeit.de/2018/12?](http://www.zeit.de/2018/12?wt_zmc=fix.int.zonpme.zeitde.wall_abo.premium.packshot.cover.zei&utm_medium=fix&utm_source=zeitde_zonpme_int&utm_campaign=wall_abo&utm_content=premium_packshot_cover_zei)



wt_zmc=fix.int.zonpme.zeitde.wall_abo.premium.packshot.cover.zei&utm_medium=fix&utm_source=zeitde_zonpme_int&utm_campaign=wall_abo&utm_content=premium_packshot_cover_zei]



Dieter Sauer ist Professor für Arbeitssoziologie in München. Die Studie "Rechtspopulismus und Gewerkschaften", die er zusammen mit

*Kollegen herausgibt, erscheint in diesen Tagen im VSA-Verlag.
© Thorsten Jochim/VISUM*

DIE ZEIT: Herr Sauer, in diesen Wochen wählen die Beschäftigten in ganz Deutschland ihre Betriebs- und Personalräte. Erstmals treten bundesweit AfD-nahe Listen bei den Wahlen an. Sind sie für die etablierten DGB-Gewerkschaften eine Gefahr?

Dieter Sauer: Von einer echten Gefahr würde ich nicht sprechen. Dafür sind die rechten Listen bislang an zu wenig Orten präsent und zu schlecht organisiert. Aber bei den letzten Bundestagswahlen haben 15 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder die AfD gewählt [<http://www.zeit.de/2018/02/gewerkschaften-afd-politische-linke-arbeiter-rechtsruck>]. Das Potenzial ist da.

ZEIT: Im Daimler-Werk in Untertürkheim holte die AfD-nahe Liste Zentrum Automobil 14,3 Prozent der Stimmen und stellt nun sechs Betriebsräte. Welchen Einfluss können die Rechten dort nehmen?

Sauer: Der praktische Einfluss der Rechten ist in den Gremien eher gering. In Untertürkheim gibt es 48 Betriebsräte, für die alltägliche Arbeit sind die AfD-nahen Mitglieder kaum von Bedeutung, sie können dort wenig bewegen. Aber sie werden ihre Mandate nutzen, um weiter Stimmung in den Betrieben zu machen, sie treten auf Betriebsversammlungen auf und agitieren dort. Das verändert natürlich das Klima in einem Betrieb.

ZEIT: Sie haben gerade eine Studie vorgelegt [<https://www.rosalux.de/publikation/id/38492/>], für die Sie Interviews mit über 100 Betriebsräten, Gewerkschaftsfunktionären sowie Vertrauensleuten geführt haben. Viele berichteten Ihnen von einem "Klimawandel" in den Unternehmen. Was meinen sie damit?

Sauer: Wir beobachten derzeit eine Enttabuisierung fremdenfeindlicher Meinungen in den Belegschaften. Aus anderen Untersuchungen wissen wir, dass es Ressentiments unter den Beschäftigten natürlich immer schon gab, dass auch Gewerkschafter keinesfalls immun dagegen sind. Aber dass sie in den Betrieben nun offen artikuliert werden, ist eine wirklich neue Entwicklung.

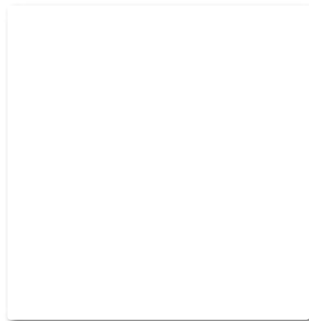
ZEIT: Wie äußert sich das?

Sauer: Das beginnt im Kleinen. Etwa bei Diskussionen in der Pause über Flüchtlinge, wo es dann heißt: "Die bekommen alles umsonst, und wir müssen dafür arbeiten", und reicht bis dahin, dass Gewerkschaftsfunktionäre ausgepiffen werden, wenn

sie sich auf Betriebsversammlungen kritisch zur AfD äußern, oder dass ein Betriebsrat vor Versammlungen zu ihnen kommt und sagt: "Pass auf, das AfD-Thema ist hier tabu, sonst fliegt mir der ganze Laden um die Ohren." Oder es kommt zu Austrittswellen, wie etwa in Passau.

ZEIT: Was waren dort die Vorwürfe gegenüber den Gewerkschaften?

Sauer: Der Hauptvorwurf war, dass die IG Metall sich zu sehr um die Flüchtlinge kümmere, die in diesen Monaten in großer Zahl nach Passau kamen, und dass das nicht ihre Aufgabe sei. Und generell: Die Gewerkschaften sollten sich aus "der Politik" raushalten.



ZEIT: Ein Bruch mit der gewerkschaftlichen Tradition?

Sauer: Natürlich. Und es wäre fatal, wenn sich die Gewerkschaften darauf einließen. Die Gewerkschaftsarbeit ist per se politisch. Auch Tarifauseinandersetzungen sind ja etwas sehr Politisches. Und die Gewerkschaften müssen natürlich den Anspruch haben, neben der Sozialpolitik auch Gesellschaftspolitik mitzuprägen.

ZEIT: In Ihrer Studie schreiben sie aber, dass die Gewerkschaften auch darum anfällig für den rechten Populismus seien, weil er tatsächliche Schwachstellen anspricht. Welche sind das?

Sauer: Von vielen Gewerkschaftern gibt es die Wahrnehmung, dass man im Kerngeschäft, also den Arbeitsbedingungen, den Tarifen, zu vorsichtig agiert. Man scheut die Auseinandersetzung. Gleichzeitig gibt es, insbesondere in den großen Unternehmen, eine enge Verflechtung von Unternehmensführung und Betriebsräten, das sogenannte Co-Management. Der Wahrnehmung der Gewerkschaften als Gegenmacht zu den Interessen der Arbeitgeber schadet so etwas natürlich.

Dieser Artikel stammt aus der ZEIT Nr. 12/2018. Hier können Sie die gesamte Ausgabe lesen.

Nährboden des Rechtspopulismus in der Arbeitswelt

ZEIT: Die rechten Listen bezeichnen die Gewerkschaften als Teil des Establishments.

Sauer: Und diese Kritik hat zumindest einen wahren Kern, so nehmen es auf jeden Fall einige Funktionäre und Betriebsräte wahr. Die sagten: "Moment, plötzlich können die Rechten so tun, als wären sie die Kritiker der herrschenden Zustände, dabei müsste das doch unsere Rolle sein."

ZEIT: Müssten die Gewerkschaften im Tarifgeschäft wieder radikaler sein, um verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen?

Sauer: Das deutsche Modell der Mitbestimmung ist auf Kooperation angelegt. Aber es entsteht eben mancherorts der Eindruck, dass Kooperation keine Probleme mehr löst. Die Gewerkschaften sagen: Wir regeln das. Aber sie regeln immer weniger. Und die Interessenvertreter in den Betrieben werden als Teil des Managements wahrgenommen. Wenn es in dieser Situation eine rechte Gruppe gibt, die das alles kritisiert und damit erfolgreich ist, dann sollten das die Gewerkschaften auch nutzen, um sich selbst zu hinterfragen. Dazu gehört auch, dass man wieder konfliktbewusster wird.

ZEIT: Sie schreiben in Ihrer Studie von dem "arbeitsweltlichen Nährboden des Rechtspopulismus". Was ist damit gemeint?

Sauer: Die Beschäftigten haben das Gefühl, dass der Druck auf sie immer weiter zunimmt. Sie klagen über Leistungsverdichtung, gestiegene Qualifikationsanforderungen und über eine mangelnde Wertschätzung ihrer Arbeit. Interessanterweise ist dieser Befund deutlich stärker als bei Studien, die wir vor sechs und acht Jahren durchgeführt haben.



Push-Meldungen von ZEIT ONLINE

Möchten Sie Benachrichtigungen von ZEIT ONLINE in Ihrem Browser erhalten?

JETZT AKTIVIEREN [HTTPS://PUSH.ZEIT.DE/REGISTER/INDEX.HTML]

ZEIT: Aber die Arbeitslosenzahlen sind auf einem Rekordtief, die Wirtschaft wächst.

Sauer: Ja, das ist eine paradoxe Situation. Aber viele Menschen nehmen die gute Wirtschaftslage in ihrer konkreten Arbeitssituation nicht wahr. Und sie haben das Gefühl, dass es kurzfristig vielleicht ganz gut läuft, aber langfristig die

Bedrohungen wachsen. Die ständigen Umstrukturierungen und Verlagerungen in den Unternehmen, die drohende Digitalisierung – das alles sorgt für Unsicherheit, die dann in eine aggressive Proteststimmung umschlagen kann.

ZEIT: Wie können die Gewerkschaften reagieren?

Sauer: Ein Beispiel: Viele Beschäftigte klagen über stetig steigende Leistungsanforderungen, über Kennzahlen, die sie nicht mehr erreichen können. Darauf haben die Betriebsräte bislang aber keinen Einfluss. Hier in die Auseinandersetzung zu gehen und sich Mitbestimmungsrechte zu erkämpfen würde genau an diesem Nährboden des Rechtspopulismus in der Arbeitswelt ansetzen. Bislang muss man aber ganz klar sagen, dass mit den traditionellen gewerkschaftlichen Instrumenten diese Nöte und Abstiegsorgen nicht hinreichend bearbeitet werden können.

ZEIT: Der AfD-Politiker Björn Höcke hat auch eine Lösung. Er fordert einen "solidarischen Patriotismus" und sieht im Neoliberalismus den größten Feind des deutschen Arbeiters. Die extreme Rechte bemüht sich also darum, Versatzstücke linker Kritik zu integrieren.

Sauer: Und das ist eine Gefahr. Solidarität, Zusammenhalt, das sind ja eigentlich linke Begriffe, die aber heute von den Rechten umgedeutet werden. Es gibt – gerade in den Betrieben – eine echte Sehnsucht nach Momenten der Kollektivität. Und es war eigentlich die Aufgabe der Gewerkschaften, diese Kollektivität herzustellen. Wenn dies nun die neue Rechte übernehmen sollte, wird das natürlich zu einer Gefahr.

ZEIT: Die Betriebsräte und Vertrauensleute in den Betrieben müssen sich nun im Alltag mit dem auseinandersetzen, was Sie und Ihre Kollegen als "Klimawandel" bezeichnen. Fühlen sie sich von ihren Gewerkschaften gut darauf vorbereitet?

Sauer: Nein. Und das ist wirklich ein Problem. Es gibt zwar Argumentationsleitfäden für die Diskussion mit Kollegen, die sich offen rechtsextrem äußern. Doch alle wissen, dass das nicht reicht. Uns wurde immer wieder gesagt: Die politische Bildungsarbeit muss ausgebaut werden, und die Gewerkschaften sollen ihr politisches Mandat offensiver wahrnehmen.